

NPD-Fraktion Eisenach | Postfach 10 16 39 | 99817 Eisenach

An: Oberbürgermeister der Stadt
Eisenach
- Herrn Matthias Doht -

NPD-Stadtratsfraktion Eisenach

Geschäftsstelle
Postfach 10 16 39
99817 Eisenach

Es schreibt Ihnen
Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
pw

Datum
25.06.2009

Antrag der NPD-Fraktion Eisenach

zur Änderung der Geschäftsordnung (GO) des Stadtrates der Stadt Eisenach

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der § 18 „Einwohnerfragestunde“ erhält folgende neue Fassung:

§ 18 „Einwohnerfragestunde und Betroffenenbeteiligung“

Nach Abs. 2 werden folgende neue Abs. 3 und 4 eingefügt:

(3) In dringenden Fällen können zwei schriftliche Fragen eingereicht werden. Die Vorschriften des § 14 Satz 1 „Dringlichkeitsvorlagen und Dringlichkeitsanträge“ sind anzuwenden.

(4) Der Stadtrat hat das Recht auf Antrag des Oberbürgermeisters oder eines Mitglied des Stadtrates zur sachgerechten Erledigung seiner Aufgaben Sachverständige, Interessenvertreter und andere Auskunftspersonen insbesondere Betroffene anzuhören. Der Stadtrat ist verpflichtet auf Antrag des Oberbürgermeisters oder eines Mitglieds des Stadtrates Betroffene anzuhören oder ihnen Rederecht zu gewähren. Die Vorschriften des § 37 „Anhörung“ und § 20 „Rededauer“ der GO sind zu beachten.

Die bisherigen Abs. 3 bis 6 erhalten die Nummern 5 bis 8.
Der bisherige Satz 2 des Abs. 6 wird gestrichen.

Begründung:

Die neuen Abs. 3 und 4 sowie die Änderung im alten Abs. 6 ermöglichen den Einwohnern auf kurzfristig bekannt gewordene oder eingetretene Ereignisse zu reagieren, sich mit der aktuellen Tagesordnung auseinander zusetzen und besonders Betroffenen entsprechend dem Prinzip des rechtlichen Gehörs im demokratischen Rechtsstaat, sich politisches Gehör zu verschaffen. Die Änderung der Geschäftsordnung erhöht die Einwohnerfreundlichkeit des Eisenacher Stadtrates und demokratisiert die politische Kultur in der Stadt. Überdies kann durch den neuen Absatz 4 dem Machtmißbrauch vorgebeugt und sichergestellt werden, daß durch Stadtratsentscheidungen Betroffene, wie in der Vergangenheit Frau Wuthenow oder Herr Schlicht, auch Rederecht erhalten oder angehört werden müssen.

Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender